

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage und ist durch Boten frei ins Haus gebracht. Der Abonnementpreis beträgt für ein Jahr 12,00 Mark, für sechs Monate 6,00 Mark, für drei Monate 3,00 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennig. Die Castroper Zeitung ist in der Reichsdruckerei in Berlin gedruckt. Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Weiss Castroper.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang
Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castroper
Bladenhorster Tageblatt

Amil. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castroper und die Ämter Raugel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castroper, der Ämter Raugel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 140 Montag, den 19. Juni 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.
In Anwesenheit der Behörden und der Presse ist die Transradioübertragungsstation der öffentlichen Dienst übergeben worden. Durch diese Station wird der gesamte gegenwärtige Funkverkehr zwischen Deutschland und dem Ausland in einem einzigen Raum inmitten der Reichshauptstadt zusammengefasst.
Man erwartet die Gauger Delegation der Sowjetregierung am Montag. Sie besteht aus Pitminow, Malowski, Krassin und einigen Mitarbeitern.
In Kiew ist eine Sanitätskonferenz der baltischen Staaten, Russlands, der Ukraine und Weißrusslands eröffnet worden. Es handelt sich besonders um die Frage der Bekämpfung der anstehenden Krankheiten.
Im Gebiet der Petroseumgesellschaft von Grobny (Russland) ist ein schwerer Zyklon niedergegangen. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.
Die italienischen Truppen in Tripolitania haben nach heftigen Kämpfen das ganze Schipplataunäus der tunesischen Grenze von den Insurgenten geklärt. Gost, der Hauptknotenpunkt der Karawanenstraße nach Tunis, wurde besetzt.

Dollarkurs am 17. Juni: 323,00
Letzter Kurs: 316,75 Höchster Kurs: 338,66

Die Zwangsanleihe im Reichstag.

In der Sonnabendstunde wählte der Reichstag zunächst für den verstorbenen Abg. Raden den Abg. Schwarz-Hessen zum Schriftführer. Eine unabhängige Interpellation über die Getreideumlage wird Montag in Verbindung mit der Regierungsvorlage besprochen werden. Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Bezüge der Schöffen, Geschworenen und Verurteilten wurde angenommen, nachdem von sozialistischer Seite auch eine Entschädigung für die Mitglieder der Staatsanwaltschaft verlangt worden war. Vier Verträge Deutschlands mit Frankreich, darunter das Sachlieferungsabkommen mit der Reparationskommission wurde dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Dann kam die Zwangsanleihe in erster Linie zur Verhandlung und verbunden damit ein Unabhängiger Antrag auf Anpassung der Einkommensteuern an die Geldentwertung und deutsch-vollständliche und deutsch-nationale Anträge auf Erhöhung der Reichsrente bei der Einkommensteuer. Diese Vorlagen sollen dem Reichstag übergeben werden. Vorher aber hielt noch der Kommunist Böhlen eine feierliche Rede gegen alle Parteien und die Arbeiter. Wie sein Freund Böhlen verdammt er vor allem auch die Mehrheitssozialdemokraten in Grund und Boden und nahm für sich allein in Anspruch Vertreter der Arbeiterklasse zu sein. Auch diese Vorlage wurde dem Ausschuss überwiesen. Montag wird die Entscheidung über die Getreideumlage gefällt werden.

Preussischer Landtag.

Berlin, 17. Juni. Bei der Fortsetzung der Beratungen des Haushaltsplanes des Ministeriums des Innern kam es am Samstag im Landtag zwischen den Rednern der Regierungskoalition und denen der äußersten Rechten zu sehr scharfen Auseinandersetzungen wegen des reaktionären Verhaltens eines Teiles der oberen Beamten. Minister Severing machte zum Schluss alle Parteien zur Ruhe und Besonnenheit. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Haushalt des Reichspräsidenten, Ministerium des Innern Fortsetzung.
Das Wiesbadener und Bemelmann-Abkommen im Reichstag.
Berlin, 18. Juni. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Montag vormittag einberufen. Er wird sich mit dem Ermächtigungsabkommen beschäftigen, welches die Sachlieferungsabkommen in Kraft setzt. Diese sind das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober 1921, der Bemelmannvertrag, der eine Vereinbarung für den freien Sachlieferungsverkehr darstellt und das französische Abkommen, das diese Vereinbarung auf das Lieferungsverhältnis überträgt, das im Wiesbadener Abkommen mit Frankreich getroffen wurde.

Letzte Drahtmeldungen.

Kleinstenrat des preussischen Landtages.
Berlin, 17. Juni. Der Kleinstenrat des preussischen Landtages hielt am Sonnabend eine Sitzung über die Geschäftslage ab. Von Haushalt sind noch zu erledigen, der des Staatsministeriums, des Landtages und der allgemeinen Finanzverwaltung. Ferner liegen noch die Anträge vor, die an den Hauptauschuss zurückgewiesen wurden und in der Hauptsache finanzieller Natur sind. Der Kleinstenrat war der Ansicht, nicht bereits Ende Juni in die Ferien gehen zu können. Man rechnet vielmehr damit, daß die Sommerpause erst am 8. Juli beginnen könne. Im Anschluß an den katholischen Feiertag Peter und Paul, wird vom 29. Juni bis 3. Juli eine kleine Zwischenpause eintreten. Der Hauptauschuss des Landtages wird, wie wir weiter hören, Mitte Juli eine Reise nach Schlesien-Westfalen zur Besichtigung der Landgemeinnutzarbeiten an der Küste unternehmen. Dabei soll auch das dortige Lager besichtigt werden, wo sich bekanntlich eine große Arbeiterkollaboration befindet.
Änderung der Wahlkreiseinteilung.
Berlin, 18. Juni. Wie die Z. II. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat der Reichstagsrat Dr. Köster die Vertreter der Parteien zu einer Besprechung am nächsten Dienstag eineladen, die sich mit der eult. Änderung der jetzigen großen Wahlkreiseinteilung befassen wird. Ueber die Stellungnahme der einzelnen Parteien ist noch nichts bekannt. Es verlautet aber, daß das Zentrum meinte Meinung vertritt, einer Änderung auszusprechen.
Die Getreideumlage im neuen Wirtschaftsjahr.
Berlin, 18. Juni. Die vom Reichsrat angenommene Vorlage der Getreideumlage ist heute

dem Reichstag zugegangen. Ueber die Ausführung der in der Umlage enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Kreise der veranlagungsberechtigten Bevölkerung durch Ausschluß der vermögenden Bevölkerungsteile steht endgültig noch nicht fest. Es sind darüber Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen vorgesehen. Die offizielle Entscheidung ist dem Ernährungs- und Finanzministerium und der Zustimmung des Reichsrates vorbehalten. Es besteht keineswegs die Absicht, einem größeren Teil der Bevölkerung die Brotkosten voranzutreiben. Auch bei einem Ausschluß von nur 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung würden sich schon Ersparnisse von mehreren Milliarden Mark ergeben. Zweifelslos wird die Erhebung der Umlage gegenüber dem Vorjahre mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Absolut fest steht aber heute schon, daß im neuen Wirtschaftsjahr eine besondere Erhöhung der Verkaufspreise der Reichsbrotbäckereien eintritt. Eine Annäherung des Preises des Marktbrotens an den des Freibrotens wird nicht zu umgehen sein. Demgegenüber wird aufständigerseits darauf verwiesen, daß die Umlage nicht nur eine Verbilligung, sondern vor allem auch die Vereinfachung des Preises sowie die Sicherstellung der Brotversorgung überhaupt bewirken soll.
Eine Amnestie für Oberschlesien.
Berlin, 18. Juni. Die Meldung eines ober-schlesischen Blattes, daß zwischen Warschau und Berlin Verhandlungen über eine gleichlautende Amnestie schweben, entspricht nur insoweit den Tatsachen, als tatsächlich Verhandlungen über eine amnestische Amnestie zwischen dem deutschen Vertreter Gehardt und dem polnischen Minister Senda in Danzig geführt wurden.

Aus dem Reiche.

Am Montag große politische Aussprache.

Berlin, 17. Juni. Die große politische Aussprache sollte ursprünglich am Mittwoch beginnen. Wie der „Kölnischer Anzeiger“ jedoch von amtlicher Seite hört, soll diese Aussprache bereits am Montag stattfinden und bis Dienstagabend beendet sein. Sie dürfte sich natürlich in erster Linie mit dem Reparationsproblem und auf alle da mit im Zusammenhang stehenden Fragen wie das Bemelmannabkommen und die Morgantauanleihe beziehen.

Die Getreideumlage vom Reichsrat beschlossen.

Berlin, 17. Juni. Der Reichsrat hielt am Freitag in später Abendstunde eine Vollkammer ab, die vom Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Feiler, geleitet wurde. In der Hauptsache galt sie der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Ausschüsse des Reichsrates haben lange und eingehend über die Vorlage beraten und sich schließlich, wie der Berichterstatter hervorhob, auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Angenommen wurde folgende vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution:
„Die Reichsregierung wird ersucht zu prüfen, ob nicht der Preis für das Umlagegetreide in der Weise festgesetzt werden kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger ist als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922.“
Die Abstimmung der Vollkammer ergab 49 Stimmen für und 16 Stimmen gegen die Vorlage.

Verbindungsmassnahmen auf dem Gebiet der Brotversorgung.

Berlin, 17. Juni. Zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsfinanzministerium schweben gegenwärtig Verhandlungen über Verbindungsmassnahmen auf dem Gebiet der Brotversorgung.

Eine neue Erhöhung der Feuerungsanlagen der Beamten.

Berlin, 17. Juni. In der gestrigen Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstages gab an Beginn Reichsrat Schilling im Auftrag des Reichsfinanzministeriums eine Erklärung zu der Frage der Feuerungsanlagen der Beamten ab. Danach beabsichtigt die Regierung, eine Erhöhung der Feuerungsanlagen vorzunehmen, doch soll eine abschließende Entscheidung erst nach Zustimmung mit den Wirtschaftsverbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten erfolgen. Der Ausschuss nahm darauf einen Antrag Morath (D. P.) an, der verlangt, daß die Regierungsvorlage über die Feuerungsanlagen so zeitig eingebracht soll, daß dem Reichstag genügend Zeit zu einer eingehenden Beratung bleibt. Ferner soll Vorlage getroffen werden, daß auch während der Beratung des Reichstages genügende Feuerungsmaßnahmen durchzuführen werden können.

Minister Severing in Stettin.

Stettin, 17. Juni. Der Minister des Innern Severing meiste in Stettin, wo er mit den autonomen Reichsanstalten Besprechungen hatte. In einer Besprechung mit den Landräten und Bürgermeister der Provinz hielt er eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Industrie in der nächsten Zeit ähnliche schwierige Verhältnisse durchmachen werde, wie in den Jahren 1917 bis 1919. Selbst wenn wir zur Stabilisierung der Mark kommen werden, so werden wir doch nicht in einer Reihe von Jahren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Ich habe von hiesigen Industrie- und handwerklichen Betrieben erfahren, daß die englische Kohle verteuert, weil die Bitter ist. Das, was sich bei der Kohle zeigt, wird sich auch bei anderen Industrieerzeugnissen herausstellen. Wir haben die Weltmarktpreise teilweise bereits überschritten. Die Hoffnung, die sich auf unseren hiesigen Nachbarn richtet, Ausland wieder aufzubauen, scheint doch nicht ganz begründet zu sein. Ich erwarte nicht daran, daß die deutsche Industrie von der russischen Regierung genügend Aufträge erhalten wird. Die Frage ist nur, ob unsere Industrie für ihre Produkte bezahlt wird.

Ein Aufruf der Reichsregierung an die Oberschlesier.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung haben an die Oberschlesier folgenden Aufruf erlassen:
Der Trauertag ist angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre lang heftig gekämpft haben. Ein Teil von Oberschlesien wird heute einem fremden Staatsverbande einverleibt, ein Teil von dem Lande, dessen Unzertrennbarkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen der Länder, am meisten von den Oberschlesiern selbst betont worden ist. Ein kostbarer Stück deutscher Erde, das in jahrhundertelanger Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Tätigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht worden ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen. Nach den Friedensbedingungen sollte Oberschlesien für immer Polen angeschlossen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgesetzt werden konnten, war das Zuerückgeben der Abstinenz. Die Oberschlesier wissen, unter wie vielen Gemühen und Bedrohungen, ja, selbst unter Gefahr von Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutschlands sprach sich die große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Nunmehr aber liegt es plötzlich, das Oberschlesien teilbar ist. Vergebens waren unsere Bemühungen, die Widerfächer davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Vertrages von Versailles, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Spruch von Genf hat diesen blühenden, lebendigen Organismus auseinandergerissen. Gegen diesen Spruch haben wir eine für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt.

Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müßt, Euch rufen wir jetzt Abschiedsgrüße zu. Wir danken für Eure Treue. Die Gefühle, mit denen Ihr diesen Tag erlebt, teilt mit Euch das ganze deutsche Volk. Wir haben uns bemüht, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll Euch vor allem das Gut erhalten werden, an dem Ihr hängt, wie auch die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.
Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Harren der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet, seid dessen gewiß, daß wir Euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche Euch Jahre der Verdrückung geschlagen haben. Unter dem Schutze des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet Euch durch berechnete Erblitterung zu keiner ungeseligen Handlung verleiten lassen und Ihr werdet das in Genf geschlossene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß eine Kommission unter neutraler Führung über Schutz und Rechte der Polen wie über die der Deutschen wachen wird und daß Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn Ihr für das Ererbte Vergeltung üben wolltet.
Oberschlesier, in der Schicksalsstunde, die Euer Heimatland erreicht, und den Bruder vom Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutsche Volk die Hand.
Der Reichspräsident Ebert, die Reichsregierung Brüch, die Preussische Staatsregierung Braun.

Der Einzug der polnischen Truppen.

Kattowitz, 17. Juni. Der Einzug der polnischen Truppen in Kattowitz ist auf den 20. Juni festgesetzt. Wie die „Kattowitzer Morgenpost“ meldet, traf heute beim Regierungspräsidenten in Oppeln ein Telegramm ein, wonach die hiesige Polizei sofort aufzulösen sei. Daraufhin wurde die blaue Polizei nach und nach von den Straßen zurückgezogen und ebenso wie die Kriminalpolizei entwaffnet. Die amtlichen Ausweise wurden ihnen abgenommen. Die nicht in polnische Dienste über-tretenden Beamten werden morgen ausgelöst und haben bis Samstag Mitternacht das Abstinenzabzeichen zu verlassen und sich dem Breslauer Polizeipräsidenten zur Verfügung zu stellen, von wo aus ein Teil nach dem Abzug der interalliierten Truppen nach Deutsch-Oberschlesien zurück-zehren wird. Die polnischen Polizeibeamten sind zum größten Teil bereits einetroffen, so daß von morgen früh ab die Stadt Kattowitz der polnischen Polizei unterstellt ist.

Der „Feind von rechts“.

Berlin, 17. Juni. Oberbürgermeister Scheide-mann sprach am Freitag Abend in einer Mittheilung der Versammlung der S. P. D. über das Thema „Der Feind von rechts“. Der Feind der Demokratie und der Republik steht rechts. Das ist nicht neu. Trotz aller Angriffe von links sehen wir in den Linkshändern auch heute noch immer das Feindgenosse, die nur in falsche Bahnen geraten sind. Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Revolution haben wollte, oder vorbereiten habe, ist ein lächerlicher und trübsüchtiger Nationalismusverstand unserer Gegner. Unter Verbrechen besteht darin, daß wir ja sagten, als Prinz Max von Baden den sozialdemokratischen Parteivorstand empfing, ihm die Abdankung des Kaisers mitteilte und es als einzige Maßnahme zur Verhütung des Schlimmsten bezeichnete, wenn die sozialdemokratische Partei die Regierung über-nahme. Eine so freundliche Bitte des letzten kaiserlichen Reichskanzlers, eine solche Revolution hat die Weltgeschichte wohl noch nicht gesehen. Leider ist die Reaktion, die uns ins Elend geführt hat und die jetzt wieder Millionen von Anhängern hat, in ihrem Treiben viel rühriger, als die Republikaner in ihrer Abwehr. Man fragt mich so oft, warum ich von Berlin weggegangen bin. Ich habe diesen Entschluß im Jahre 1919 gefaßt, als der Oberst Reinhardt in der Regierung Bauer-Röste als Kampfgesandter bezeichnet hat und gegen meine dringende Bitte gehalten wurde. Andere Meinungsverschiedenheiten kamen hinzu und ich ging nicht, um mir eine Lebensstellung zu verschaffen, sondern um im Parteinteresse auch die Entschiedenheit eines geringen Konfliktes zu vermeiden. Die Reichswehr ist für uns nicht das Instrument, das sie sein mußte. Die Reichswehr, die die Republik schützen soll, kommandiert von monarchistischen Offizieren, ist der Ruch als Wächter im Dönerhof. Die Verwaltung ist noch genau so reaktionär und bürokratisch wie früher. Die Gesetze der Republik werden von den alten Geheimräten sabotiert. In der Zukunft erleben wir unaufhörlich milde Urteile gegen Kapitalisten und Reichsfeinde und araufame, zum Teil sogar blutige Verbrechen gegen Arbeiter, namentlich gegen die verführten bedauernswerten Kommunisten. Ich finde es beargwöhnlich, daß die Reaktion nicht be-sonders haßt, denn ich habe sie immer aufs heftigste bekämpft. Ich habe der Reaktion nie die geringste

Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

35 Mark Schichtlohn-Erhöhung. — In Erwartung des Übersichten-Abkommens.

Berlin, 17. Juni. Der vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Ruhrgebiet eingesetzte Schlichtungsausschuss hat in der Sitzung vom 15. Juni folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuss hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, die nach dem erfolglosen Ausgang der Verhandlungen in Essen am 7. Juni 1922 und in Bochum am 11. Juni 1922 entstanden ist. Gegenstand dieser Verhandlung war der Abschluss eines Lohnabkommens zwischen dem Gesamtverband und den Bergarbeiterverbänden. Die Voraussetzungen, die für dieses Abkommen bestimmt waren, haben eine wesentliche Veränderung erfahren durch die Unterbrechung der Anleiheverhandlung, die inzwischen eingetreten ist. Im Anschluss daran ist der Marktschichtlohn weiter gestiegen. Seit Fällung des Schiedsspruchs vom 19. April 1922 ist die Teuerung gemäß den Indizes bis zum 15. Juni 1922 um 18 Prozent gestiegen. In einer Reihe von Verufen außerhalb des Bergbaus sind in letzter Zeit erhebliche Lohnsteigerungen vorgenommen worden. Auch die Reichsregierung hat im Zusammenhang mit der inzwischen erfolgten Verringerung der Gesamtzahl der Arbeitskräfte eine entsprechende Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter der Ruhrbergwerke über das vor Beginn der Schiedsverhandlungen in Aussicht genommene Maß erforderlich gemacht.

Die Deduktion der Lohnsteigerung kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses aus den Umständen, welche die Werke auf Grund der gestiegenen Kohlenpreise erzielen, nicht aufgebracht werden. Dies ergibt sich einwandfrei aus dem vom Reichsarbeitsministerium darüber erstatteten Gutachten. In einem Abbau der Kohlensteuer kann die Deckung zur Zeit aus außerpolitischen Gründen nicht gefunden werden. Als einziges Mittel kommt somit lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage. Diese schwere Belastung des Wirtschaftslebens ist nach Auffassung des Schlichtungsausschusses nur erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit finden, im Sinne des zwischen dem Gesamtverband und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Übereinkommens eine Steigerung der Kohlen-

förderung in einer gesundheitlich bedenkenfreien und wirtschaftlich ergiebigen Form herbeizuführen. Vom Abschluss dieses Abkommens hängt die Durchführung der Kohlenpreiserhöhung und damit der Lohnsteigerung ab. Der Schlichtungsausschuss hat aus dem Verlauf der zwischen den Parteien geführten Verhandlungen und der Vertrauensmännerversammlung vom 11. Juni die Überzeugung gewonnen, dass das Übereinkommen mit Wirkung vom 4. Juli 1922 zustande kommen wird, nachdem die Festlegung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit durch das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz unmittelbar bevorsteht und in den Verhandlungen über den Mantel tarif wesentliche weitere Verbesserungen für die Arbeiter erreicht worden sind.

Vorstichlich der Höhe und Form der Lohnsteigerung hat der Schlichtungsausschuss den Standpunkt eingenommen, dass die gesamte Teuerung seit dem Schiedsspruch vom 19. April entstanden ist, einschließlich der für den Rest des Juni zu erwartenden weiteren Zunahme ausgeglichen werden soll. Der Gesamtbetrag der Lohnsteigerung, der sich daraus ergibt, hat der Schlichtungsausschuss geteilt, ein größerer Teilbetrag soll am 1. Juli in Kraft treten, ein weiterer ab 1. Juli in der Zeit, in der mit der Leistung der Überarbeit zu rechnen und die weitere Preissteigerung für die Volkswirtschaft leichter zu tragen ist. Der gesamte Betrag der Lohnsteigerung soll diesmal nur auf die Leistungslöhne, also nicht auch auf Soziallohn, gewährt werden, um auch den unverheirateten Eltern und Facharbeitern im Bergbau bessere Verdienstmöglichkeiten zu eröffnen.

Aus den angeführten Gründen schlägt der Schlichtungsausschuss folgende Lohnsteigerung vor: 1. Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaus werden um durchschnittlich 35 % je Schicht erhöht, und zwar am 25. Juni ab 16. Juni und um 10 % vom 1. Juli 1922. 2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gehilfenslohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohnsätze zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechende niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.

ändern begeben, um mit ihren Regierungen die Verhältnisse des heutigen Tages zu beraten. In der Sitzung vom Montag soll dann mitgeteilt werden, ob die verschiedenen Regierungen mit den heute gefassten Beschlüssen einverstanden sind, damit endgültige Beschlüsse gefasst werden können.

Auf der Reise nach Berlin.

Paris, 17. Juni. Das Garantiekomitee wird heute nachmittags 5 Uhr mit der beigegebenen Kommission von Sachverständigen nach Berlin abreisen.

Poincaré in London.

London, 17. Juni. Poincaré ist mit seiner Gattin kurz vor 11 Uhr gestern Abend in London eingetroffen. Lloyd George, der an einem Essen zu Ehren des Kronprinzen von Schweden teilnahm, war auf dem Bahnhof durch seinen Privatsekretär Edward Grigg vertreten.

Aus dem Auslande.

Oesterreich.

Der italienische Kredit für Oesterreich. Rom, 17. Juni. Gestern wurde der Gesetzentwurf eines 70 Millionen-Kredits für Oesterreich in der Finanzkommission der Kammer behandelt. In der Begründung des Gesetzes heißt es, dass England einen Betrag von 2 Millionen Pfund Sterling, Frankreich von 1 Million Pfund Sterling und die Tschechoslowakei 1/2 Millionen Kronen dafür hergeben wollen, um Oesterreich zu befreien. Der italienische Kredit von 70 Millionen Lire wird auf ein Jahr gegeben und dann später verlängert werden.

England.

Poincarés Londoner Besuch.

London, 17. Juni. Wie die Blätter betonen, soll der Besuch des Präsidenten Poincaré zu einem großen Gesellschaftereignis angestaltet werden, das die konservativen Kreise der Londoner Aristokratie zu einer demokratischen Freundschaftsfeier für Frankreich machen wollen. Am Sonnabend findet u. a. ein Polomatch und ein großes Dinner statt, bei dem Lord Derby den Vorsitz führen wird. Am Montag gibt Lord Burnham zu Ehren Poincarés ein Frühstück, an dem alle alliierten Botschafter teilnehmen werden.

Gesand über deutsche Wirtschaft.

London, 16. Juni. Der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, James Gerard, äußerte sich gestern über die Wirtschaftslage Englands. Er führte u. a. aus: Über die unmittelbare bevorstehende wirtschaftliche Zukunft Großbritanniens denke ich nicht sehr optimistisch. Ich fürchte, dass in naher Zukunft England gegen eine Konkurrenz von Deutschland zu kämpfen haben wird, die bisher noch nicht da war und ebenso, wenn auch in geringerem Maße, von Amerika. Die Deutschen arbeiten außerordentlich energisch. Es gibt praktisch keine Arbeitslosigkeit in Deutschland. Dabei arbeiten die Deutschen für ihr bloßes Leben. Andererseits muß man damit rechnen, dass 2.400.000 Arbeitslose in England vorhanden sind. Eine solche Zahl kann England unmöglich auf längere Zeit wirtschaftlich unterhalten. Außerdem habe ich den Eindruck, als ob Großbritannien die Blüte seiner Bevölkerung durch Auswanderung verliert.

Ein englisches Votum für Inflation Deutschlands zum Völkerverbund.

London, 16. Juni. Das englische Parlament hat in der Sitzung für den Völkerverbund im Unterhause eine Sitzung abgehalten, an der mehr als 40 Parlamentarier teilnahmen. Es sprach sich einstimmig für die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund in einer Resolu-

tion aus, die wie folgt lautet: Die Teilnahme Deutschlands an der nächsten Sitzung des Völkerverbundes ist für den Frieden Europas von größter Bedeutung.

Balkan.

Prinz Georg von Serbien als gemeingefährlich nervenkrank erklärt.

Budapest, 17. Juni. Wie das Achtnachrichtenblatt meldet, wurde Prinz Georg von Serbien, der sich in Paris aufhält, auf Intervention der Pariser jugoslawischen Botschaft als gemeingefährlich nervenkrank erklärt. Er ist in eine Pariser Heilanstalt gebracht worden. Prinz Georg von Serbien hatte Drohbriefe an den König Alexander und den Ministerpräsidenten Pajitch gerichtet, in welchen er für den Fall, daß ihm seine Kronprinzenrechte nicht zurückgegeben werden, mit Gewalttaten drohte. Die jugoslawische Regierung wird einen Gesandten entsenden, um welchem Prinz Georg aller Rechte entleitet werden soll.

Berliner

Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Steigerung der Devisen, lebhafter Geschäft zu erhöhten Preisen, sogar am Essenmarkt, der mehrere Wochen lang ruhig lag, nach dem Abbruch der Großhandelsbeziehungen, alle die Anzeichen einer fröhlichen Entwicklung sind die unmittelbaren Folgen des Beschlusses des Anleihekomitees in Paris, daß Deutschland unter den durch den Friedensvertrag und den Londoner Zahlungsplan auferlegten Lasten für keine Anleihe tragfähig ist. Nicht einmal eine kleine Anleihe, die eine für die nächste Zukunft berechnete katastrophale Entlastung der deutschen Finanzen aufhalten könnte, scheint den Finanzmagazinen zu verantworten zu sein und sie haben guten Grund zu ihrem ungünstigen Urteil, denn nicht allein Deutschland würde eine solche Zwischenlösung zu teuer erkaufen müssen. Wenn sie zustande gekommen wäre, wäre das Interesse an der baldigen Regelung der Gesamtfragen nicht so brennend gewesen, wie es jetzt für die Weltwirtschaft geworden ist. Denn das ist der bedeutsame Punkt in der Entscheidung des Bankiersausschusses, daß nämlich die Weltwirtschaft nicht aus ihren Schwierigkeiten herauskommen kann, wenn nicht das Reparationsproblem in einem vernünftigen Sinne gelöst wird, d. h. die Zahlungen Deutschlands auf etwa 25-30 Goldmilliarden herabgesetzt werden.

Für die Gegenwart freilich bleibt für Deutschland nur eine ungünstige Wirkung übrig, die Markt ist nicht unerheblich gefallen, der Dollarstand wird kaum mehr vorläufig unter 300 gehalten sein. Im Gegenteil sind sprunghafte Steigerungen nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, wie überhaupt die Zukunft an Überraschungen reich sein dürfte. Sehr lehrreich ist das erscheinende Beispiel der österreichischen Währung. Wenn auch der Plan einer Währungsunion, der vom Sozialdemokraten Otto Bauer ausgeht, keine ernsthafte Aussicht auf Verwirklichung hat, so haben doch die Berechnungen, daß mit acht Milliarden Papiermilliarden der gesamte ungeheure Notenumlauf Oesterreichs kompensiert werden kann, gezeigt, wie groß der Wert einer Volkswirtschaft durch die Inflation verunstaltet wird. Es ist deshalb ein Irrtum, Deutschland zu beschuldigen, seine Inflation misswillingig zu steigern, um den anderen Ländern Schaden zuzufügen. Trotz seiner großen Arbeitslosigkeit gewinnt die englische Währung ihre Goldparität wieder, der Wert der englischen Wirtschaft wächst, während die Wirtschaften der valutarischen Länder verarmen, obwohl die Industrien Arbeit haben. Wir können deshalb auch nicht die Verhandlungen der deutschen Farbstoffindustrie, die die Hälfte der Welt war, mit der englischen mit reiner Freude begrüßen, weil eine Vereinbarung, die zwar Zukunftsbereicherung für den Augenblick bedeutet, für die Zukunft eine herabgeminderte Rentabilität zur Folge hat.

Die ganze Bedeutung der deutschen Wirtschaft ist nur scheinbar eine erfreuliche Erscheinung. Der Grund ist keine höhere Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes, sondern die Furcht vor höheren Preisen und die Hoffnung auf Konjunkturgenuss. Die Hoffnung von Kapitalvermehrungen hält an, obwohl sich deutliche Anzeichen von Kapitalknappheit bemerkbar machen, weshalb auch in der Hauptsache Vorzugsaktien, die sich an einen begrenzten, besonders interessierten Kundenzirkel wenden, emittiert werden, nicht Stammaktien, für die die Allgemeinheit in Frage kommt. Es gibt nicht wenige Aktien, die an der Börse unterwertet werden, weil auch namentlich die Spekulation nicht genügend Kapital verfügbar hat. Umso größer ist die Gefahr, daß deutsche Geschäftsanteile überfremdet werden und so in der deutschen Wirtschaft ein viel geringerer Wert wirksam bleibt. Aber trotz der unruhigen Verhältnisse, die schwachen Schulden niedrig zu halten, wächst die Inflation in nicht unbedeutendem Maße. Nach einer Vermehrung des Notenumlaufs von 7810,9 Millionen in der letzten Maiwoche, der eine Vermehrung des Schatzwechselbestandes von 11.235,5 Millionen gegenüberstand, ist in der ersten Juniwoche ein weiteres Anwachsen um 2057,7 Millionen bei einem Rückgang des Schatzwechselbestandes zu verzeichnen, während in der gleichen Zeit auch die Einlagen des Staates um 2880 Millionen zurückgingen. Oesterreich emittierte in den letzten zwei Wochen 247 Milliarden Papier. Aber die Reichsbank hat vor einem Jahr auch nur den fünften Teil, vor zwei Jahren nur den achten Teil des heutigen Betrages auszugeben brauchen, ein Reichen, wie schnell wir Oesterreichs Entwicklung folgen. Die Zwangsanleihe und die Steuern überhaupt verknappen das Geld in erheblichem Umfang, ohne daß eine Reduzierung der Preise die Folge ist oder überhaupt sein kann. Der Finanzanweis des Reiches vom 31. Mai erwies, daß auch unter dem Moratorium ein Aufwand von etwa 8 1/2 Papiermilliarden pro Monat für die Reparation notwendig ist und die Denkschrift, der Reichsregierung über die Veranschlagung im Absehbaren, wo seit dem Waffenstillstand über 5,5 Goldmilliarden nutzlos vergeudet sind, ist eine einzige Anklage gegen die Methoden der Gegner, die nicht an einer Zahlungslosigkeit, sondern an einer Vernichtung Deutschlands interessiert sind. Nur die internationalen Rückwirkungen eines deutschen Zusammenbruchs, die sehr schwerwiegend sind, rechtfertigen die Hoffnung auf eine mit Deutschlands Erziehung in Einklang stehende Lösung, aber für die nächste Zukunft sind die Aussichten drohender als je zuvor.

sonzession gemacht, weil das das Schlimmste und Gefährlichste ist. Keine Konzession, Kampf mit der Wunde bis aufs Letzte! Wenn in Frankreich die brutale Gewalt die Oberhand gewinnt, dann bricht ungeheures Elend über uns herein. Die Erfüllungspolitik muß in der deutschen Leistungsfähigkeit ihre Grenze haben. Diese Verzichtsvollziehbarkeit wird kein Minister jemals übernehmen. Wir wollen Erfüllung, soweit es möglich ist, soweit es mit unserer Wirtschaft und Kultur vereinbar ist. Das Versäulen Diktat muß durch Verhandlungen so geändert werden, daß wir ihm in freier Entscheidung zustimmen können. Scheitern demnach schloß mit den Worten: Wir können den Feind von rechts nur niederringen, wenn vor allem die Unabhängigkeit der Trennungspolitik zwischen sich und den Kommunisten ziehen und zur Demokratie zurückkehren.

Das thüringische Kreisverteilungsgezet angenommen.

Weimar, 17. Juni. Das thüringische Kreisverteilungsgezet wurde am Freitag Abend im thüringischen Landtag gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien angenommen. Dadurch ist die Entwicklung des Landes Thüringen auf lange Zeit hinaus in einer der sozialistischen Mehrheit des Landes entsprechenden Richtung festgelegt. Die bürgerlichen Parteien gaben feierliche Erklärungen ab, daß sie gegen das Kreisverteilungsgezet protestieren, da keine ihrer Anträge und Wünsche weder im Ausschuss noch im Plenum von der sozialistischen Mehrheit angenommen oder unterstützt wurden.

Die Nordmarkensahrt des Berliner Lehrereinsatzvereins.

Hamburg, 17. Juni. In der Nacht, hart an der Grenze des abgetrennten Gebietes, wurde dem Lehrereinsatzverein ein begeisterter Empfang bereitet. Der Besuch der Konkrete war überaus zahlreich. Im Alldorf erschienen viele Teilnehmer von jenseits der Grenze und erfreuten sich an den deutschen Seemalereien.

Streik bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

Berlin, 17. Juni. In der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt legte ein Teil des Maschinenpersonals die Arbeit nieder. Die Drucker kam dadurch zum Stillstand. Die dort hergestellten Blätter, u. a. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Deutsche Warte“, konnten deshalb gestern nachmittag nicht erscheinen. Ob der Betrieb morgen wieder aufgenommen werden wird, ist zur Stunde noch unbestimmt.

Anschlag auf die Hamburger „Volkszeitung“.

Hamburg, 17. Juni. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr erfolgte im ersten Stock des Gebäudes der Hamburger „Volkszeitung“ eine Detonation. Feuerweh und Polizeibeamte eilten sofort herbei. Es ergab sich folgendes: Der im ersten Stock an der Tür befindliche Briefkasten war vollständig zertrümmert. In dem Vorraum des Zeitungsbüroes war eine zweite Sprengladung nachgewiesen, die aber lediglich ausgebrannt und nicht explodiert war. Die Polizei hat inzwischen eine Person festgenommen, es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob diese für das Attentat in Frage kommt.

Die Tagung der Zeitungsverleger.

Hamburg, 17. Juni. Heute vormittag begann im Gewerbehause der offizielle Teil der Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Der erste Vorsitzende des Vereins eröffnete die Versammlung und führte nach Begrüßung der erschienenen aus, daß die Maßnahmen der Regierung zur Behebung der Notlage der Presse bisher vollkommen unzureichend gewesen seien. Der Vorwurf, die Presse gehe um Staatshilfe betteln, müsse mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Der Redner beleuchtete dann näher den Zweck und die Ziele des Vereins deutscher Zeitungsverleger. Hierauf erging Senator Dr. Stubmann das Wort, um dem Verein zu seiner Tagung die herzlichsten Glückwünsche des Senats zu übermitteln. Die Notlage der deutschen Presse habe auch den Senat wiederholt veranlaßt, sogar unter Zurückstellung der besonderen hamburgischen Ausführinteressen für durchgreifende Maßnahmen zugunsten der deutschen Zeitungen im Reichsrat einzutreten, da der Senat sich bewußt war, hierbei einer großen Kultur Aufgabe zu dienen. Geheimrat Daas, Vertreter der Presseabteilung der Reichsregierung, legte dann als Vertreter der Reichsregierung dar, es sei die einmütige Überzeugung der Reichsregierung, daß die Kulturwerte nicht dem erbarmungslosen Spiel der Kräfte ausgeliefert werden dürften. Der Dienst an der Presse sei ein Dienst am Vaterlande. Das Vaterland brauche alle Kräfte und besonders die der Presse zum Wiederaufbau. Staatssekretär Hirsch teilte dann mit, daß die Reichsregierung durch ihn erklären lasse, daß sie alles tun werde, um die Notlage der Presse zu beheben. Dem Reichstag sei ein Gesetzentwurf eingebracht, von dem man hoffen dürfe, daß er in dem Maße des technisch Möglichen eine gewisse Hilfe bringe. Er werde bereits heute nachmittag in der internen Sitzung des Vereins die näheren Grundrissen erläutern. Dann schloß die Versammlung.

Ein schweres Schiffsunglück im Hamburger Hafen.

Hamburg, 17. Juni. Ein schweres Unglück ereignete sich im Hamburger Hafen beim Verladen des 12.000 Tonnen großen brasilianischen Dampfers „Aure“ vom brasilianischen Lloyd auf das Dock der Vulkanwerft. Der Dampfer kippte aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache um und ging unter. Nur eine Seite ragt noch aus dem Wasser hervor. Der Dampfer sollte am 20. Juni seine Reise nach Brasilien antreten. Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet in einer ersten Nachricht:

Der dem brasilianischen Lloyd gehörende Doppelschraubendampfer „Aure“, der seit etwa acht Tagen im Dock der Vulkanwerft lag, sollte im Lauf von vier Schlepptagern aus dem Dock auf Strom gesetzt werden. Als die Schlepper den etwas nach Backbord überliegenden Dampfer ansetzten und das Dock bereits soweit gesunken war, daß der Dampfer ins Schwimmen geriet, legte sich das Schiff plötzlich nach Backbord über, bekam dann Neigung nach der entgegengesetzten Seite und schlug nach Steuerbord um. Die an Bord befindliche brasilianische Mannschaft sowie die Leute der Werft und verschiedene andere berufliche tätige Personen versuchten herauszukommen. Sie sprangen ins Wasser, wo die Befehlungen

von Motorbaracken versuchten, die Leute soweit wie möglich zu bergen. Ein Teil der Verletzten wurde durch herabfallende Inventarstücke vom Schiff getroffen und verletzt. Die durch das Kentern des Dampfers auf Steuerbordseite eingeschlossenen Leute befanden sich in größter Gefahr. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil von ihnen ertrunken ist. Sofort nach dem Bekanntwerden des Unglücks trat die Berufsfeuerwehr mit Rettungsapparaten in Tätigkeit, ebenso die Hamburger Feuerwehr, die an der Backbordseite des Schiffes mit autogenen Schneideapparaten Löcher in die Schiffswand schneidete, um den Leuten, soweit sie noch lebten, zunächst einmal Luft zuzuführen. Von dem Schiff war nur noch ein Drittel sichtbar. Die Masten liegen zerbrochen im Wasser; von den Schornsteinen ist ebenfalls nichts sichtbar. Wie viele Leute an Bord gewesen sind und wie viele gerettet wurden, läßt sich noch nicht feststellen. Über die Ursache des Kenterns ist nichts bekannt. Es steht zweifellos fest, daß die Vulkanwerft kein Verschulden trifft. Nach einer Meldung der „Post. Itz.“ aus Hamburg sei anzunehmen, daß bei der Dampferkatastrophe im Hafen sich die Anzahl der Opfer auf über 100 belaufe.

Wie weiter gemeldet wird, beträgt die Zahl der Geretteten 112 Mann. 18 Leute, die bewußtlos waren, konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden. Bei den Rettungsarbeiten wurde einem Werftarbeiter bei der Bedienung einer Sauerstoff-Maschine der rechte Arm abgerissen. Während der Schweißarbeiten geriet ein Teil des Schiffsrumpfes in Brand, der erlosch werden konnte. Eine farbige Stewardess wurde tot aufgefunden. Bisher werden 11 Arbeiter vermisst. Nach Feststellungen von maßgebender Seite ist es beim Ein- und Ausbilden sowie beim Verladen eines Schiffes nach dem Hamburger Docktarif lediglich Sache des Schiffsführers, für richtige Füllung der Ballasttanks Sorge zu tragen, damit das Schiff jederzeit genügende Stabilität hat. Diese Vorsicht wurde offenbar von der ausländischen Schiffsbefehlung außer acht gelassen. Ob und wieviel Tote das Unglück gefordert hat, steht noch nicht fest. Auch die Zahl der Verletzten wird erst im Laufe des Abends mit einiger Sicherheit festgestellt werden können.

Die Konferenz im Haag.

Bisher nur freundschaftliche Auseinandersetzungen. Haag, 17. Juni. Der Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat die besten Eindrücke über die ersten beiden Tage der Konferenz erhalten. Zwischen den Delegationen, deren Gegenstände die ganze Welt in Aufregung versetzt hätten, haben herheiß am zweiten Abend der Konferenz freundschaftliche Auseinandersetzungen stattgefunden. Der Ton sei ausgeglichen, man erwarte im allgemeinen nicht, daß der Streit an die Denkschrift an die Rufen wieder aufleben werde.

Ein wichtiger Beschluß ist gestern gefaßt worden. Die französische Regierung soll nämlich bis zum nächsten Dienstag als äußerster Termin bekannt geben, ob sie sich auf der Liste ihrer Mächte befindet, die den Rufen die Teilnehmer an der Haager Konferenz bekannt geben soll.

Einführung von drei Unterkommissionen im Haag.

Haag, 17. Juni. Gestern vormittag 11 Uhr trat die Konferenz zu einer Sitzung zusammen. Nach Besprechung der Beschlüsse der Genuefer Konferenz wurde eine Kommission für die russischen Angelegenheiten ernannt, die in drei Unterkommissionen zerfällt, eine für Staatsschulden, eine für Privatvermögen und eine für Kredite. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr. Heute nachmittag 4 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt. Dann werden die Methoden festgelegt, die die russische Kommission befolgen soll. Nach Schluß der Sitzung werden sich mehrere Delegierte nach ihren

Aus
A Ein
Dienst
gebiet
bedin
Am 20
Geben
Vormit
fielen
Dach
Schred
werden
Winne
ten oder
noch ein
Erinner
näher, al
ohne bes
Opfer ge
wollen. I
Sonntag
feier ver
scit, daß
schmidt
amgele
Q. Neu
der Hebr
schreibt d
Bei dem
führung d
Wien-Dort
Seitigen
neue Ver
gerichte, d
Herten B
den sollte
gen und
lung aber
Berne, Wa
gezogen w
fassung d
Ausbau d
sen-Berne
als Anoten
eine zwel
(Gefährlic
läßt. Diese
linie dem
bürtlich n
perfektsch
berer Vern
wahrung e
mit Cam
C. Weis
Der Bes
sch Ende
monat zoge
sprechend d
last durchw
263 Person
Mehragang
Abgang m
halten sein
73 die der
am das Do
lernungss
Juni 1922
Jahre der
Internat
klub „Deu
feiern. Au
den 24. Ju
Deshalb i
mit Chruna
tag, der Son
im Saale de
bung, und
dreifachen
von S. Mar
wurde die
der persönl
meistens N
gemäß zu
Pöhlner“ i
findet am
Uhr bei Pol
hakt.
* Unwilt
einer Wirt
bei dem si
einen Ballon
hübenart, o
ber Diebstah
wurde, so be
unbekannt
* Millie
Wie uns d
mittelt, for
am Samstag
werden, weil
Kohlenrevier
Dagegen lag
bestisches Int
daß für die
keresse vorlie
weitere Wand
ren. Es müß
karten aufst
Ha Gültigkei
etwa 700 Fah
wird der Zug
1. Juli hin
gelegt. Solls
lauf nicht ar
tagssilber über
hinauf besch
einzulegen. A
find in allen
einen zu haben
* Kart
der geringe
stellt werden
werden vom
prierpreis
* Cauerl
aen fond
verammlung
Alle 230 Ab
Aus dem er
men, daß d
Jahren sich
pelt hat, un
Mitglieder
im letzten
bis verschied
ber- und Verb

Aus Castrop und Umgegend.

Lebend-
von Serbien,
vention der
als gemein-
ist in eine
Prinz Georg
den Königin
den Kaiser
werden, die
Regierung
arbeiten, in
steht von

brief.

es Geschäft
Markt, der
lich aber
n, alle die
lung sind
des And
unter den
Londoner
seinerlei
eine kleine
nicht bereit
der deut-
ein und
sagen Urteil,
eine solche
Bewertung
berauschlag
aus ist
ann, wenn
um vernünft-
Bewertungen
werden

der Deutsch-
über, die
der Dollar-
300 an
achte Stel-
bertrug
ist das er-
Währung,
union, der
er ausgete-
lung hat,
mit acht
ungeheure
werden
iner Woll-
meist wird,
zu be-
zu steigern,
anzufügen,
erwinkt die
wieder, der
während
änder ver-
te haben,
erhandlung-
die stark-
mit reiner
anung, die
enbild be-
dernte Men

beschäfte ist
un. Der
diegeit des
vor hohe-
junfange-
mehrunge
von Ro-
halb auch
die sich an
rten Runt-
stamm
age Kom-
Börse um-
die Spe-
habbar hat
usische Ge-
er in der
er Wert
baren Be-
niedrig zu
unbedeut-
den Notiz-
Mal-
wechselbe-
hand, das
Anwachs-
gang des
dährend in
s Staats-
reich mit
Milliarden
nem Jahr
ahren nur
s auszuge-
ir Fehler-
ganantelbe
das Geld
Reduzie-
haupt sein
s vom 31.
ortum ein
rben pro
die und die
die Befest-
n Waffnen
s vergen-
s Metho-
dungsstä-
Deutsch-
nationalen
endbruchs,
tügen die
rühren in
schäste zu
je zuvor.

Ein trauriger Gedanktag wird der morgige Dienstag für die Bergarbeiter der Ruhrgebiets, besonders aber für diejenige von Borna, Sodingen, Hettlingen, Castrop und Herne sein. Am 20. Juni 1922 fällt der Tag des schweren Gedenktages auf Beche Mon Cenis, dem in den Vormittagsstunden 83 brave Knappen zum Opfer fielen. Die Katastrophe ist noch frisch in aller Gedächtnis, die Erinnerungen an die Sodinger Schreckensstage sind noch lebendig in uns. Da werden die frisch vernarbten Wunden so mancher Witwe, so vieler Waisen, denen das Unglück Gatten oder Vater geraubt, von neuem aufgerissen, noch einmal wird der Schmerz überwallen in der Erinnerung an diesen Unglückstag. Was liegt näher, als daß die Vergleiche diesen Tag nicht ohne besondere Ehrung dieser ihrem Beruf zum Opfer gefallenen Kameraden vorübergehen lassen wollen. Die Vereine haben zumeist bereits am Sonntag an dem Massengrab eine Gedächtnisfeier veranstaltet. Auch die Beche Mon Cenis zeigt, daß sie ihre Toten nicht vergessen hat. Pieschke hat sie das große Grab mit Blumen geschmückt und bei jedem Opfer einen Kranz niedergelegt.

Neues von der Städtischenbahn. Unter der Herrschaft „Günstige Ausichten für Herne“ schreibt der „Berliner Anzeiger“ vom 17. Juni: „Bei dem jetzt bevorstehenden Projekt der Einleitung der Städtischenbahn der Städtischenbahn von Dortmund drohte das Gebiet von Herne, Sodingen, Hettlingen ganz ohne Anschluss an das neue Verkehrsmittel zu bleiben, da die Subventionen, die Herne nach Sodingen zugesichert worden sollte, allerdings haben es die Verhandlungen und Vorkehrungen der Herne Stadtverwaltung aber erreicht, daß auch die Herne über Herne, Borne-Güfel jetzt ernstlich in Betracht gezogen wird. Schwierigkeiten macht dabei die Eröffnung des Bahnhofs Herne, der später, nach dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindung (Hettlingen-Herne-Borne-Buchholz) erhöhte Bedeutung als Knotenpunkt haben wird. Für später wird eine zweite Stammstrecke der Städtischenbahn (Hettlingen-Herne-Dortmund) ins Auge gefasst. Diese soll dann die vorhandene Zugschranke benutzen und kann den Bahnhof Herne natürlich nicht umgehen. Das soll für Herne in verkehrsrechtlicher Hinsicht erfreuliche Ausichten, deren Verwirklichung für unsere städtische Verwaltung ein schöner Erfolg wäre.“ Und wie ist es mit Castrop?

Bevölkerungsbewegung im Monat Mai. Der Bevölkerungsstand der Stadt Castrop belief sich Ende April auf 20.233 Einwohner. Im Monat Mai zogen zu 264 Personen, während entsprechend dem im Rhein-Westf. Industriegebiet fast durchweg beobachteten starken Abwärtstrend 262 Personen sich abmelde, sodass der Mai einen Mehrzuwachs von nur 2 Personen brachte. Der Abgang würde noch härter in die Waagschale gefallen sein, wenn nicht die Zahl der Geburten mit 73 die der Todesfälle mit 32 in der Berichtzeit um das Doppelte überstiegen hätte. Die Bevölkerungsziffer für Castrop beliefte sich am 1. Juni 1922 auf 20.240 Einwohner.

Sein silbernes Jubiläum feiert in diesem Jahre der in Stadt und Land dank seiner Theateraufführungen bestens bekannte dramatische Klub „Deutsche Bühne“. Castrop-Schwerin, feiern. Aus diesem Anlass findet am Samstag, den 24. Juni, abends 6 Uhr in der Wirtschaft Deichhof (Vereinslokal) ein Kommerz, verbunden mit Ehrung der Jubilare statt. Der Sonntagstag, der Sonntag, bringt ab nachmittags 2½ Uhr im Saale der Wirtschaft Vohmann eine Angelegenheit- und Werbeveranstaltung, Aufführung der dreifaktigen Operette „Der Jäger aus dem Wald“ von H. Marsellus, und Ball. Zur Mitwirkung wurde die Städtische Orchesterleitung unter der persönlichen Leitung des Herrn Konzertmeisters Kammel gewonnen. Da erfahrungsgemäß an den Aufführungen der „Deutschen Bühne“ immer ein großer Andrang herrscht, so findet am Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr bei Vohmann eine Wiederholung der Operette statt.

Unwillkommene Gäste hatten dieser Tage einer Wirtschaft in Obercastrop einen Besuch ab, bei dem sie in einem unbewachten Augenblick einen Ballon mit 25 Liter Schuss nach Epheubornart „ohne Bezahlung“ mitgehen ließen. Da der Diebstahl erst verhältnismäßig spät bemerkt wurde, so besaß wenig Hoffnung, daß man der unbekannten entkommenen Täter habhaft wird.

Billige Rüge am Samstag nach Arnberg. Wie uns der Verkehrsverband „Industriebezirk“ mitteilt, konnte der billige Zug nach Arnberg am Samstagmittag wiederum nicht abgefahren werden, weil insgesamt nur 281 Fahrkarten vom Kohlenrevier für diesen Zug verkauft worden. Dagegen lag für die Sonntagszüge ein ganz erhebliches Interesse vor. Es ist sehr bedauerlich, daß für die Sonntagszüge nur so geringes Interesse vorliegt, weil mit Hilfe dieser Rüge doch weitere Wanderungen im Sauerland möglich wären. Es müssen jedoch insgesamt etwa 700 Fahrkarten auskommen, um die Zugkosten zu decken. Die bisher gelösten Fahrkarten behalten vorläufig Gültigkeit. Falls bis zum 20. Juni insgesamt etwa 700 Fahrkarten für diesen Zug gelöst sind, wird der Zug nach Arnberg am Samstag, den 1. Juli hin und Sonntag, den 2. Juli zurück, einzeln. Sollte aber auch jetzt der Fahrkartenverkauf nicht größer werden, dann müssen die Sonntagszüge überhaupt fortfallen und man wird sich darauf beschränken müssen, nur Sonntagszüge einzulegen. Prospekt über die Sauerlandzüge sind in allen Buchhandlungen und Verkehrsvereinen zu haben.

Kartenspiele werden von der Post wegen der geringen Nachfrage künftig nicht mehr hergestellt werden. Die noch vorhandenen Bestände werden vom 15. Juni an ohne Erhebung des Papierpreisaufschlages von 10 Pf. verkauft.

Sauerländischer Gebirgsverein. In Stegen fand am Samstag und Sonntag die Hauptversammlung des Sauerl. Gebirgsvereins statt. Alle 230 Abteilungen hatten Vertreter entsandt. Aus dem erhaltene Nachbescheid: Es ist zu entnehmen, daß der S. G. B. in den letzten zweieinhalb Jahren sich an Mitgliederzahl mehr als verdoppelt hat, und zur Zeit in 18 Bezirken rund 136.000 Mitglieder zählt. Einzelne Abteilungen haben im letzten Jahre ihre Mitgliederzahl verdoppelt bis verdreifacht, die meisten überaus rege Wander- und Werbebetätigtigkeit entfaltet. Die

Nordheide wird als Ehrenpflicht angesehen. Zur Erleichterung des Ausflüglersverkehrs wurde ein eigenes Sommerfrischverzeichnis und ein S. G. B.-Handbuch neu herausgegeben. Die Auflage des Gebirgsboten stieg bis auf 38.000; er konnte wieder monatlich herausgegeben werden. Der mit 340.000 M. abschließende Voranschlag für 1922 wurde aufgegeben und für 1923 ein Abgabe von 20 M. an den Hauptverein einstimmig beschlossen. Hieraus sollen 2 M. für das vom S. G. B. geplante Ehrenmal zum Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder in Gestalt eines Wanderheims bestimmt sein. Der Gedanke des Ehrenmals fand begeisterte Zustimmung.

Werktätige-Bewegung. (Der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“) feiert am kommenden Sonntag, den 25. Juni sein 10. Stiftungsfest, an dem eine ganze Reihe auswärtiger Turnervereine teilnehmen wird. Vorgesehen sind turnerische Vorführungen, Propaganda-Ballspiele auf dem Sportplatz an der Riegelei und anschließend Ball in der Wirtschaft Eichenmann, Bochumerstraße 12. Öffentlich bleibt das Fest für jedermann, damit das Fest sich in dem seit Wochen vom Festauschuss vorbereiteten glanzvollen Rahmen abwickeln kann.

Aus dem Emschertal.

Gabinghorst. (Unfall.) Am Freitagabend war auf dem Hofe eines hiesigen Möbelhändlers ein 16 Jahre alter Junge mit Holzhausen beschäftigt. Dabei verletzte er sich mit der Art am Rücken so schwer, daß die Gefahr der Verblutung nahe lag, weil er sich die Schlagader aufgeschlagen hatte. Zum Glück war reich ärztliche Hilfe zur Stelle, die den erforderlichen Verband anlegte.

Gabinghorst. (Polizeiliche Hilfe) mußte bei einem sehr lebhaft gewordenen eheleichen Prügelei in einem Hause an der Dugstraße in Anwesenheit genommen werden. Als die Frau sich im Verlauf des Streites, vor ihrem Mann zu dem im gleichen Hause wohnenden Eltern flüchtete, demolierte dieser die abgeperrte Tür und bedrohte in seiner sinnlosen Wut seine Angehörigen, sodass auf Veranlassung der Nachbarn die Polizei einstritt.

Waldenhorst. (Opfer des Wassers) hat der Kanal wie in jedem Jahre so auch in den letzten beiden Wochen, wie wir berichten mußten, auch hier schon verschiedentlich gefordert. Die große die Verluste an Menschenleben sind, die allein Kanal, Emscher, Ruhr und Rype in den letzten 2 Wochen erforderten, erreicht man aus einer amtlichen Zusammenstellung, nach der in den genannten Wassern nicht weniger als 71 Personen ertrunken sind. Möge das allen, die es angeht, zur Warnung gereichen!

Einsiedel.

Sehr geehrter Emscherfrosch! Wenn Ihr Name und die letzten Eingangsdaten die Vermutung nahe legen, daß die „Reichsregierung“ Ihr Element ist — ob es gerade Wässer ist, wollen wir dahingestellt sein lassen — so ist doch immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß Sie auch zur Spitzstadt der Kaufleute gehören könnten. Dann aber wären Sie gerade mein Mann, an den ich mich mit der Bitte: „Beschwerde über!“ wenden würde. Und zwar würde ich mich dann bei dem einen Grund über den anderen beschweren. Doch ich will nicht immer „durch die Blume“ sprechen, sondern frisch von der Leber weg, wie mir der Schmelz gewachsen ist. Also ich wollte das schöne Wetter des Freizeitnamstages dazu benutzen, mir die in wochen- und monatelanger Bureaumühsamkeit mit schlechter Luft infizierten Lungen in Gottes freier Natur mal recht gründlich wieder mit ozonhaltiger, frischer Luft zu füllen. Was lag da näher, als daß ich als Gabinghorster, um nicht immer dieselbe Treibkühle der Erholungsstuden, die Waldenhorster Waldungen, freuentzenden zu müssen, meine Schritte zu den wunderbaren und in dieser so industriereichen Gegend einzigartigen und mit Rücksicht auf die Volksgesundheit gar nicht zu bezahrenden Buchenholzwäldchen der Gruitholz lenkte. Aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt“, sagt der weltfahrende Altkneifer des Humors Wilhelm Busch. Als ich mich nichtsahnend so in vollen Zügen dem Genuß des schönen Sauerlandes hingab, erlebte ich ein anderes Dichterwort am eigenen Leibe: „Auf des Waldes dunklen Wegen.“

Und wer war's? Der Förster des Freiherrn von Bodelschwingh, der ähnlich wie der Engel f. 31. die Menschheit mit stummendem Schwerte aus dem Paradiese verbannte, mich aus der Waldung wies. Aber nicht gerade mit Engeldungen tat er es, zumal da ich nicht einlecken konnte, weshalb mich gerade solch unverdientes Verhängnis treffen sollte und ihn darauf aufmerksam machte, daß er selbst doch unmittelbar vor mir nach anderen Pforten den Weg durch den Wald geschaltet. Ich dachte: Gleiches Recht für alle! und glaubte nicht, daß die Sonderung in Wade und Schafe seitens des Freiherrn von Bodelschwingh in die Hände der Förster gelegt sei. Denn der Freiherr von Bodelschwingh würde doch durch die Freigabe seines Waldes an alle, die sich anständig in ihm betragen wollen und keinerlei Fortschäden anrichten, nicht mehr geschädigt werden, als der Freiherr von Weichs zur Verne, der seit Jahr und Tag in anerkannter Weise seine Waldungen der handelt es sich bei dem fraglichen Besitzum des Freiherrn von Bodelschwingh um ragenden Hochwald und nicht um Schonungen oder Jungholz, so daß ein Anrichten von Schäden so gut wie ausgeschlossen erscheint. Sollten sich trotzdem Personen, die sich vor Übermut oder Verhöhnung nicht lassen wissen, breit machen, dann wäre meines Erachtens immerhin der Förster Manns genug, einzuschreiten und Bestrafung und Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Ich bin dann gewiß der letzte, der ihm hierbei in die Arme fallen würde. Im Gegenteil! Baumfrevler strafe Gottes Dand! So ließ es früher wohl auf Tafeln, die in Schonungen standen. Ich bin aber doch der Ansicht, daß die weltliche Autorität hier etwas nachsichtiger und durch exemplarische Bestrafungen die schönen deutschen Waldungen vor unheimlichen, mutwilligen, Vögeln und Publikum in gleicher Weise schädigenden Zerstörungen schütze.

ehrer Emscherfrosch, zu erreichen, daß Sie diese Zeiten, oder was Ihnen davon gelangt erscheint, in die Presse lanzen, um dadurch die Aufmerksamkeit der Beteiligten Kreise auf die geschilderten Missetaten zu lenken. Der Aufenthalt in den Waldungen, die wir Gott sei dank, noch in unserer Gegend haben, tun der körperlich und geistig schwer arbeitenden Bevölkerung bei den heutigen Preisen doppelt not, weil für die Mehrzahl der Einwohner Erholungsstuden im Sauerland, Ruhetal usw., oder gar Badereisen nur noch Erinnerungen an entwichene Zeiten bilden. Es war einmal ...

Naturfreund.

Die Krise der deutschen Presse.

Monate und Monate gehen ins Land, ohne daß irgend etwas Wesentliches und Durchschlagendes für die deutsche Presse geschähe. Die Reichsregierung bewahrt gegen diese Zerfallerscheinungen, in denen die deutsche Presse fast bis zur Gefahr des letzten Atemzuges verdrängt ist, eine fremdartige und unbegriffliche Ruhe.

Am 16. und 17. Januar d. J. waren die Vertreter der deutschen Verlegerkreise zu ersten und schwerwiegenden Beratungen in Potsdam versammelt. Damals gab der Verein Deutscher Zeitungsverleger eine ausführliche Erklärung heraus, die in klarem Aufbau deutlich formulierte Forderungen an die Regierung stellte.

An demselben 17. Januar gab der Vizekanzler Bauer bei einem geselligen Abend des V.D.Z. namens der Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung die Notlage der Presse als ihre eigene Notlage, als eine Notlage des gesamten Landes betrachte. Und Vizekanzler Bauer stützte zum Schluß seiner Ansprache die Aufgabe der Presse für die nahe Zukunft dahin: „Es kommt alles darauf an, daß die Presse den Gedanken der nationalen Einheit, der nationalen Selbstständigkeit des Volkes immer wieder ins Gedächtnis ruft.“ Aber den schönen Worten ist bis jetzt keine rettende Tat gefolgt.

Einen kräftigen Widerhall fand die Erklärung des V.D.Z. vom 17. Januar in Bayern. Hier erklärte der bayerische Ministerpräsident Graf von Helldorf am 7. Februar im Landtage die Zustimmung der Staatsregierung zu folgendem vom Landtage einstimmig angenommenen Antrag: „Die Staatsregierung wolle ihre Vertreter im Reichsrat anweisen, daß sie im Interesse der Erhaltung der Tagespresse für die Verhältnisse des 16. und 17. Januar in Potsdam festgestellten Vertretungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger eintreten. Die Berücksichtigung beim Durchführen dieser Beschlüsse liegt im staatspolitischen Interesse. Die Regierung, die einem solchen Unterzügen der Tagespresse nicht vorbeugt, trägt sich selbst das Grab.“

Diesem bayerischen Vorbild entsprach jedoch schon nicht das Echo, das die Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Wöhrner durch die preussische Staatsregierung fand. In dieser Antwort stellte sich der preussische Minister für Handel und Gewerbe nach einigen allgemeinen Redemondanen, in denen ein Wohlwollen für die Presse im üblichen Schema zum Ausdruck gebracht war, auf einen nahezu gänzlich absehbaren Standpunkt.

Als die Reichsregierung nach den Potsdamer Forderungen der deutschen Verlegerkreise Wochen und Monate ins Land gehen ließen, ohne daß auch nur ein Anlauf zur Hilfe geschah, berieten die Führer der deutschen Presse am 12. März eine allgemeine Verlegerversammlung nach Weimar, in der von über 1800 deutschen Verlegern und Herausgebern der Zeitungen aller Parteien jene bekannte Kundgebung beschlossen wurde, die nochmals in dem energischen Appell an Reichsregierung, Reichstag u. die parlamentarischen Körperschaften in den Ländern gipfelte, an die Stelle der Bestenungen ihrer hohen Meinung von der Presse und der platonischen Einsicht in die Dinge die Tat treten zu lassen. Hier ward dann auch in aller Deutlichkeit auf die vorhergehenden Folgen der Nichtbeachtung des Pressenotstandes hingewiesen und die Verantwortung für das Erliegen der Zeitungsbetriebe denen zugehoben, die diese ruinösen Zustände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß Preis- und Pressfreiheit wirklich zugrunde geht.

Die Reichsregierung sah nun wenigstens den Augenblick gekommen, aus dem Stadium der Verweigerung in das Stadium der Verhandlungen überzugehen. In seinem Augenblick hat sie jedoch auch nur den Versuch gemacht, die Initiative in der ganzen Rothausangelegenheit zu ergreifen und die Diskussion von sich auf die Rüge zu stellen. Sie ließ sich schieben und guten Ratsslog geben und zog sich dann in ihr Gehäuse zurück, um die Frage in Besprechungen und Besprechungen langsam immer wirrer und undurchsichtiger zu machen.

Verwirrung und Verdunkelung, das ist nämlich das ganze Ergebnis der vom Reichstag so dankenswert unternommenen Aktion vom 7. April gewesen. Der Antrag aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten), der am 7. April einstimmig zur Annahme gelangte, forderte: „Die Reichsregierung wird ersucht, mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen und Zeitungsverleger auf wirtschaftlichem Gebiete wirksam gesteuert wird. Der Reichstag erwartet diesen Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederauftritt begonnen werden kann.“

Noch ist die warmherbige Begründung dieses Antrages durch den Reichstagspräsidenten Lübe in aller Gedächtnis. Staatssekretär Professor Sinsch vom Reichswirtschaftsministerium betonte dann als Sprecher der Regierung deren umfassende Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Presse. Um so unbegrifflicher erscheint es, daß die Reichsregierung fast zwei Monate hat verstreichen lassen, ehe sie überhaupt den Gesetzentwurf zur Beratung der Notlage der deutschen Presse, den der Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederauftritt zur Vorlage forderte, in ihre Beratung zog. Noch unbegrifflicher aber betrügt die Tatsache, daß die Reichsregierung diesen Gesetzentwurf (mit dem sie sich am 31. Mai zum ersten Male beschäftigte) nochmals neuen Def-

zwischen wieder in Ferien gegangen. Alles enthält für die deutsche Verlegerkreise und a Presseleute so viel Betrübenes, ja so viel des Q schütternden, daß sie auch aus den kleinen Mo nahmen, die inzwischen von der Regierung ge lügt wurden, nicht neue Befriedigung und Zu versicht schöpfen können. Die Detarifierung d Drudpapiers, die jahrelang geforderte, ist en lich Tatsache geworden; aber sie tritt in eine Augenblick in Geltung, wo sie für eine wirkli durchgreifende Entspannung nicht mehr zu forz vermag. Außerdem erfährt sie noch nicht die Stä gungskunden, um deren fruchtliche Erleichterung die Verlegerkreise der deutschen Presse noch im fortgesetzt werden müssen. Und die am 1. Ju verfügte 14prozentige Abgabe des Ausflurwe tes von Papier, Pappe und ihren Produkten a Sondergebühr für die Presse kann, besonders i res durchaus schwankenden Charakters wege nicht als Mittel zur wesentlichen Erleichterung d Notlage der Presse angesehen werden. De Drudpapierpreis wird durch beide Maßnahmen noch nicht einmal um den Betrag der Steigerung der letzten Monate gesenkt.

Die Verhältnisse, welche die Verlegerkreise sta til der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung der deutschen Presse im Gefolge gehabt hat, sin nicht mehr einzuholen. Die wirtschaftliche No lage der deutschen Zeitungen ist in ihr hoffnungs loses Stadium eingemündet.

Was kann unter diesen Umständen noch ge schehen? — Die einzige Stelle, die neben der Re gierung allein entscheidenden Einfluß auf den Gang der Hilfsaktion für die deutsche Presse aus üben kann und die bisher stets eine große Einflü ß in den wahren Zustand der Presseot geseigt hat, ist der deutsche Reichstag. Er hat sich am 7. Juli seines Rechtes der Initiative freiwillig begeben weil er das Vertrauen zu Regierung hatte, da diese seinem ehestimmigen Wunsch auf sofortige Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Behebung d Not der Presse auf beschleunigtem Wege ent sprechen würde. Er steht sich mit der deutschen Presse enttäuscht und es kann sich für ihn daru heute um nichts anderes handeln, als sich selb Initiativerecht wiederzunehmen und von sich auf Vorlage zur wirksamen Steuierung der Not d Presse zu machen und dementsprechend auch zu be schließen.

Die deutschen Zeitungen richten diesen letzten Appell an die Volksvertretung, sie erwarten von dem tiefen Verständnis, das der Reichstag sel ber für die Presse bewiesen hat, und von seinen hohen Verantwortungsbewußtsein für die Zu kunft des deutschen Volkes, daß er die deutsche Presse in ihrer verzweifeltsten Stunde nicht im Stich läßt.

Straburg.

Von Oswald Bergener.

Nebel saern in den stillen Straßen, flüsternd unter Büschen schleicht die Nacht, Doch an Türmen, Giebeln, hoch in Gassen Ist der erste Sonnenstrahl erwacht.

Aus dem morgengoldnen Mantel reißt sich Überwältigend der Dom ins Blau, Und der frohe Morgenröte verflucht sich Vor des Turmhelms Leuchten schon im Grau.

Auf des Münsters Plattform formumfunkelt Schwärzt sich die Arme Erwinns Geist: Komm, o Sonne, die du schwarz umdunkelt Demnach strahlend unsre Nacht zerreißt!

Dort im West harret Iobend Untergehens, Dort in Frankreich lauert Haß und Tod! Unse Sonne brennt auf Deutschlands Hüfen, Unser Tag aus Deutschlands Morgenrot!

Heitere Ede.

Abchiedsmahl in Genna.

Folgendes amüsante Geschichtchen macht die Kunde durch die französischen Blätter: Nach der Konferenz von Genna saßen Lloyd George, Barthou, Schöber und Tischlerin bei einem gemütlichen Abschiedsmahl im Restaurant.

Als es zum Ziehen kommt nimmt Lloyd George aus der Westentasche ein kleines Goldstück und legt es auf den Tisch.

Nach ihm zieht Barthou die Westtasche hervor und legt eine 50-Francnote zu dem Goldstück.

Schöber erhebt sich ebenfalls in die Westtasche, bringt ein Papier mit und überreicht es dem Tischlerin.

Dieser wendet das Papier nach allen Seiten und fragt: „Monsieur, was ist das?“

Schöber erwidert: „Das ist der Abschiedsbrief. Der Wagon mit dem Gelde ist im Bahnhof.“

Schließlich kann auch Tischlerin nicht umhin, seine Rechnung zu begleichen; er holt aus seiner Handtasche ein ardueres Paket heraus und läßt es dem „Ober“ hinhin.

Der Herr Ober knüpft die Schnüre auf, reißt das Papier weg, steht etwas und blickt dann Tischlerin fragend an.

Der Russe lächelt und sagt lakonisch: „Das sind die Altschees. Drucken Sie sich Geld, soviel Sie wollen!“

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters.

Dienstag, 20. Juni. 7—10½ Uhr. Gefäß. Vorstellung für die freien Verlegerkreise. „Die Fledermaus“. Operette in drei Akten von Johann Strauß.

Mittwoch, 21. Juni. 7—9½ Uhr. „Maria Magdalena“. Bürgerliches Trauerspiel in drei Aufzügen von Friedrich Hebbel.

Donnerstag, 22. Juni. 8—10½ Uhr. „Die Walfäre“. Erster Tag aus dem Wälfenheide. „Der Ring des Nibelungen“. Handlung in drei Aufzügen von Richard Wagner. Vorverkauf Montag.

Freitag, 23. Juni. 7—9½ Uhr. Gefäß. Vorst. Sonabend, 24. Juni. 8—10½ Uhr. Zum 1. Male „Peer Gunt“. Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen (Deutsch von Christian Morgenstern). Musik von Edward Grieg. Vorverkauf Mittwoch.

Sonntag, 25. Juni. 11—1 Uhr. Ermäßigte Preise. 8. Morgenfeier. „Die Entwicklung des Tanzes aus seinen Anfängen bis zur Gegenwart.“ — 3—6 Uhr. Gefäß. Vorstellung f. d. kaufm. Gönnerbeamen. „Die Schmetterlingsfahndung.“ Komödie in drei Akten von Hermann Sudermann. 7—10½ Uhr. „Die Fledermaus“. Operette in drei Akten von Johann Strauß. Vorverkauf Donnerstag.

Ein Vermächtnis.

Roman von M. Balbach.

„Nun, es muß nicht gerade die Hölle sein, mein Fräulein. Unser Strafprozeßverfahren verfügt gewisse Möglichkeiten, die nicht weniger wirksam als die mittelalterliche Tortur. Sie könnten zum Spiel wegen Zeugnisverweigerung eingesperrt werden.“

„Eingesperrt?“ wiederholte das Mädchen entsetzt. „Nur für mich von meinem armen Liebhaber, Fräulein?“

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß man es so, sofern es im Interesse der Rechtspflege geboten ist. Außerdem müssen Sie sich betzugen darüber, werden, daß Ihre hartnäckige Verschlossenheit einen schlimmen Verdacht gegen Sie nach sich zieht. Wer etwas verbirgt, was mittelbar oder unmittelbar mit einem Verbrechen im Zusammenhang steht, der macht sich nicht nur der Begünstigung schuldig, sondern er setzt sich auch dem Verdacht aus, er sei als Mitschuldiger an diesem Verbrechen beteiligt zu sein.“

„Orka hatte den jungen Arzt erst mit großen Augen, dann, als ihr allgemach das Verständnis für die Worte aufging, brach sie in ein halblautes, nisches Lachen aus.“

„Wenn die Menschen hier so verrückt sind, einen Verdacht gegen mich zu hegen, so mögen sie es bellassen tun! Ich werde mich gewiß nicht damit verlegen!“

„Ich sage ja auch nicht, daß man Sie verdächtigen — ich habe Sie nur auf die Möglichkeit aufmerksam machen wollen, daß dieser Fall eintreten könnte! Ich habe Sie davor warnen wollen, Ihren Eigenwillen zu treiben. Es kann ja auch sein, daß Ihre Aussagen gar nicht braucht, und daß man

alles, was man wissen will, auf andere Weise erfahren. Bei der ausgezeichneten Organisation der modernen Polizei ist das sogar sehr wahrscheinlich.“

„In dieser leicht hingeworfenen Bemerkung mußte etwas sein, das Jorka beunruhigte, denn ihre Züge nahmen einen Ausdruck ängstlicher Spannung an, und sie fragte: „Wie meinen Sie das? Was könnte man denn überhaupt zu erfahren suchen?“

„Nun, zunächst wird man natürlich feststellen, wo die beiden jungen Damen eigentlich sind, wo ihre Angehörigen leben, woher sie gekommen sind und so weiter, und so weiter.“

„Aber das geht doch niemanden etwas an! Sie sind nie einem Menschen so nahe getreten.“

„Wohl möglich. Aber ein Mensch gewinnt für die Öffentlichkeit ein Interesse nicht erst dann, wenn er einem anderen Schaden zufügt, sondern auch dann, wenn ihm von einem anderen Schaden zugefügt wird. Und ich vermute, daß das Interesse in diesem Fall, wo es sich um ein Kapitalverbrechen handelt, sogar ein außerordentlich lebhaftes sein wird. Wenn man die nötigen Aufklärungen nicht hier am Orte erhalten kann, so wird der Telegraph nach allen Richtungen der Windrose zu spielen beginnen. Und es müßte seltsam zu gehen, wenn man nicht binnen kürzester Frist über alles genau unterrichtet wäre.“

„Aber das darf gar nicht sein — unter gar keinen Umständen darf das geschehen! Hier stehen so wichtige Interessen auf dem Spiel, daß sich die Behörden auf keinen Fall in Dinge einmischen dürfen, die sie nichts angehen!“

„Wollen Sie Ihnen das vielleicht verbieten, Fräulein Jorka?“

„Nein, ich nicht. Denn um mein Verbot würden sie sich wahrscheinlich wenig kümmern. Aber er muß es tun — der Herr!“

„Welcher Herr? Von einem Herrn haben Sie ja bisher noch gar nicht gesprochen.“

„Sie blieben ihm die Antwort schuldig. Seine Andeutungen bezüglich der Dinge, die wahrscheinlich kommen würden, hatten sie offenbar in die größte Erregung und Unruhe versetzt. Doktor Hellbach sah ihre Ratlosigkeit, und da er um seiner jungen Patientin willen den aufdringlichen Wunsch hatte, eine allzu sensationelle Aufklärung der Missetat vermeiden zu sehen, versuchte

es es noch einmal mit freundlicher Gültigkeit zu reden.“

„Ich vermute, daß es der Vormund der jungen Damen ist, den Sie mit dem Herrn meinen. Wenn es so ist, küssen Sie dann nicht wirklich am besten, den Vorherrschen den Namen dieses Vormundes zu nennen und ihm dann alles Weitere zu überlassen? Damit würden Sie doch mit einem Schläge aller Verantwortung für Ihre eigene Person ledig sein.“

„Nein, das geht nicht — das kann ich nicht — das ist ganz unmöglich!“

„Oder, wenn Sie Vertrauen zu mir haben, nennen Sie mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit seinen Namen. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich mit ihm in Verbindung setzen werde, ohne irgend jemanden davon zu benachrichtigen.“

Aber Jorka schüttelte abermals verneinend den Kopf.

„Es kann nicht sein“, wiederholte sie. „Ich würde einen Eidbruch begehen, wenn ich es täte. Ich muß darauf bedacht sein, einen anderen Ausweg zu finden.“

„Nicht, wenn Sie mir antworten können, bemerkte der junge Arzt, daß die bis dahin ganz bewegungslose Patientin sich zu regen begann, und er sprang sofort auf, um sich mit gespannter Miene über sie zu neigen. Die Unglückliche schlug die Augen nicht auf, aber ihre Lippen zuckten, und in ihrem Gesicht begann es schmerzhaft zu arbeiten. Kaum vernehmlich, doch mit dem Ausdruck höchster Qual kam es nach einer kleinen Weile aus ihrem Munde: „Schwester — Schwester!“

„Was ist denn geschehen? Warum antwortest du mir denn nicht? Hat man dir etwas getan? O mein Gott, Feuer — Feuer! Hilft! Wir verbrennen!“

Die letzten Laute erklangen in einem herzzerstehenden Schreie. Dann hob ein tiefer Atemzug die zarte junge Brust, und sie lag wieder still und unbeweglich wie zuvor.

Vorsichtig prüfte Doktor Hellbach ihren Herzschlag und trat mit einem mühsamen Kopfschütteln von dem Lager zurück.

„Was ist mit ihr, Herr Doktor?“ fragte Jorka angstvoll. „Es geht ihr doch nicht schlechter?“

„Nein, schlechter wohl nicht. Aber ich fürchte doch, daß ich die Widerstandskraft des armen jungen Wesens überschätzt habe. — Wir müssen immerhin mit der

Möglichkeit rechnen, daß sie hinüberschlummern könnte. — So müssen Sie unbedingt etwas tun, Fräulein.“

„Ich werde Sie mit einem Anflug von Härte, der Sie doch auf äußerste Befremdung und ihn plötzlich an der Liebe der Person zu der Kranken irrewerden ließ. — Sie muß sprechen — es ist unbedingt notwendig!“

„Ich mit dieser Frau noch weiter auseinanderzusetzen, erschien dem jungen Arzt jetzt als völlig verlorene Mühe. Ohne sie überhaupt einer Antwort zu würdigen, ging er zur Tür.“

Schwester Beate, wollen Sie, bitte, wieder eintreten!“ rief er in das Nebenzimmer hinaus. Und dann, als die Pflegerin der Aufforderung Folge geleistet hatte, wandte er sich ihr zu: „Sie werden von nun an nicht mehr von dem Tode der Patientin weichen, Schwester! — und wenn Sie einer Ablösung bedürfen, so werden Sie einzig der Frau Rembold gestatten, für kurze Zeit ihren Platz einzunehmen! Ich mache Sie dafür verantwortlich, daß niemand sonst die Kranke anrührt oder zu ihr spricht. Bemerken Sie irgend eine auffallende Veränderung an der Patientin, so lassen Sie mich durch die Haushälterin des Herrn Justizrats unverzüglich telephonisch benachrichtigen! Und wenn ich unglücklicherweise nicht auf der Stelle erreichbar sein sollte, so telephonieren Sie an das Krankenhaus mit dem Ersuchen, sofort einen Arzt zu schicken. — Sie aber, mein Fräulein, und er kehrt sich strengen Anklages und strengen Tones gegen Jorka, werden dieses Zimmer jetzt verlassen und werden es künftig nicht anders mehr als in meinem Beisein betreten! Sollten Sie dieses Verbot übertreten, so werde ich den Herrn Justizrat veranlassen, gegen Sie von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.“

Es schien, daß die so hart zurechtgewiesene sich über die Gründe der plötzlichen Veränderung in seinem Verhalten keine Rechenschaft zu geben vermochte; aber sie erhob selbstmitleidig auch keinen Widerspruch, sondern murmelte nur ein paar unverständliche Worte in fremder Sprache vor sich hin und verließ dann langsam mit respektvoller Kopfe des Gemachs.

(Fortsetzung folgt.)

Sauerstoff

3523 liefert regelmäßig
G. Kuntze,
Abt. Sauerstoffwerk, Bochum-Riemke

Krätz

entsezt. Betthautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berührung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! Offene Fäße, alte unheilbare Wunden behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-sagungen beweisen.

Frau Renkewitz, Homöopathie
Herne, Gabelbergerstr. 2, Ecke Monj.-Centert.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Brot.

Auf Grund des § 34 Absatz a des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737 ff) wird in Abänderung der Verordnung des Reichsausschusses vom 9. Mai 1922 für den Landkreis Dortmund folgendes bestimmt:

I.

Die Höchstpreise für die nachstehend aufgeführten rationierten Backwaren werden wie folgt festgesetzt:

a. Graubrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 23,— „
im Aufschnitt für 500 Gramm (1 Pfd.) 4,— „
„ „ 250 „ (1/2 „) 2,— „

b. Schwarzbrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 21,70 „
im Aufschnitt für 500 Gramm (1 Pfd.) 3,90 „
„ „ 250 „ (1/2 „) 1,95 „

c. Rafferbrot:

mit einem Verkaufsgewicht von 6 Pfd. 23,20 „
im Aufschnitt für 500 Gramm (1 Pfd.) 4,— „
„ „ 250 „ (1/2 „) 2,— „

II.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Verordnung vom 9. Mai d. J. unberührt.

III.

Diese Verordnung tritt am 17. Juni ds. Js. in Kraft.

Dortmund, den 15. Juni 1922.

Der Kreisaußschuß
des Landkreises Dortmund.

Veröffentlicht!

Castrop, Raugel, den 17. Juni 1922.

Der Magistrat. Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Der Schlachthofdirektor Dr. Wilpert zu Castrop wird mit Genehmigung des Herrn Regierungsräts Herrn von Kroschberg mit der Vertretung des Tierarztes Herrhoff in Raugel in der Ausführung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau beauftragt.

Dortmund, den 9. Juni 1922.

Veröffentlicht.

Raugel, den 17. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Das Geschäft hebt sich

der Umsatz
und damit auch der
Verdienst steigt, wenn Sie
Ihre Firma durch dauernde Reklame in
der Zeitung dem Publikum
ins Gedächtnis rufen.
Sprechen Sie

durch
diese Zeitung
zu deren
Leserkreis, dann
haben Sie die sichere Gewähr,
dass Ihre Anzeigen Beachtung in vielen
tausenden von kaufkräftigen Familien finden werden



Schreibmaschine

Im Inland bewährt —
Im Ausland begehrt

Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

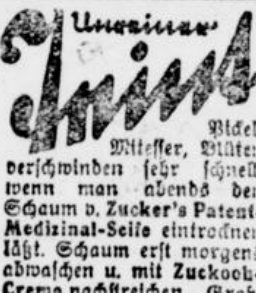
Alleinvertretung für das westf. Konienrevier:
L. Löher, Dortmund,
Johannesstraße 32. Fernsprecher 8632.

Leinöl la. dopp. gek.
Bernsteinfußbodenlackfarbe
über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche
Lacke. Farben, Pinsel, Schwablonen,
Bohrerwachs u. s. w. 1163

Streichfertige Oelfarben
und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem
Lagerverkaufsaum! Kein Laden!

H. Hauelsen,

Lack- u. Farben-Industrie Dortmund
Fennel 3836, Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße.



Schreibmaschine

Im Inland bewährt —
Im Ausland begehrt

Maschinenfabrik
Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

Alleinvertretung für das westf. Konienrevier:
L. Löher, Dortmund,
Johannesstraße 32. Fernsprecher 8632.

Leinöl la. dopp. gek.
Bernsteinfußbodenlackfarbe
über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche
Lacke. Farben, Pinsel, Schwablonen,
Bohrerwachs u. s. w. 1163

Streichfertige Oelfarben
und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem
Lagerverkaufsaum! Kein Laden!

H. Hauelsen,

Lack- u. Farben-Industrie Dortmund
Fennel 3836, Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße.

Mädchen

aus achtbarer Familie zum
1. Juli gesucht.
Frau Ischner, Sabinghorst
Kaiserstraße 52.

Für sofort ein sauberes
Morgenmädchen
ge sucht. 3553

Frau Emil Paus,
Castrop-Schwerin,
Wilhelmstraße 15.

Superlässiges
Mädchen 3592

bei zeitigem Lohn sofort ge-
sucht.
Frau Dr. Heinemann,
Eberfeld, Königsstr. 24, 1.

Lehr- Mädchen

aus achtbarer Familie zum
sofortigen Eintritt gesucht.
Hans Rehmann,
Kolonialwaren 8593
Castrop-Schwerin.

Kath. Landw. Tochter 20
Jhr. die Küche und Wirt-
schaftsbetrieb erlernt hat,
sucht angenehme

Stellung

im Restaurant od. Bäckerei
wo sie im Betrieb mitteilig
sein kann. Familien-An-
schluß erwünscht.
Offerten unt. K. 3575
an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

4 Zimmer- Wohnung

mit Stall, Keller einget-
ragtem Garten und Obst-
garten gegen eine 4 Zimmer-
wohnung mit Stall und
Keller und etwas Garten-
land zu tauschen gesucht.
Wittkampstr. 57.

2 anständige Leute suchen
1-2 möbl. oder leere
Zimmer

gegen gute Bezahlung in
Castrop oder Umgebung
zum 1. oder 15. Juli.
Offerten unt. 3518 an die
Geschäftsstelle d. Zeitung.

Kleid

zu verkaufen. Wo lag die
Geschäftsstelle dieser Zeitg.

Bauschule Rastede
Oldbg.
von C. Rohde, 8091
Vorbereitung auf die Mei-
sterprüfung u. Polierkurse.
Programm frei.

Schneiderin

fertigt elegante Damen-
kleider und Kindergero-
den zu ermäßigten Preisen
an. 8576

Großhandl. 63, 2. Etg.

Kost u. Logis

in Castrop oder Obercastrop.
Offerten unter 3574 an
die Geschäftsstelle d. Zeitg.

8 solide Herren suchen
möbl. Zimmer
evtl. mit Kost.
Offerten unter 3571 an
die Geschäftsstelle dieser Zeitg.

Herde

Küppersbusch / Senking
in größter Auswahl
zu niedrigsten Tagespreisen.
Lieferung franks Haus.

H. Heiland,

Abt. Herdgrosslager.
Bahnhofstraße 3 HERNE Bahnhofstraße 3.

Musterlager: BOCHUM, Brückstraße 21.

In Fahrrad-Bereifung

aller führenden Fabriken finden Sie größtes
Lager zu äußersten Tagespreisen. Dasselbe
größtes Lager in Ersatz und Zubehörteilen.
Uebernehme sämtliche fachgemäße Reparaturen
in eigener Werkstatt. Vertretung für Görlitz
Fahrräder und Pönig Nähmaschinen 2536

Spezialhaus Bruno Zander,

Adern Dorfstr. 85.

Gold und Silber

auch goldene Gebisse, kauft zu höchsten Preisen
Ludwig Calmus 3581
Uhrmacher und Goldarbeiter
Hahinghorst, Kropfenstraße
Billigste Bezugsquelle für massiv gold. Trauringe.

Grasverkauf.

Am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 4,30 Uhr
werde ich Herr Wilhelm Schlingemann, Castrop,
das sehr gut geratene Gras in der Hofwiese, darauf
2 1/2 Morgen in Kasthöfen Weide öffentlich meistbietend,
gegen Kredit und Bar nummerweise versteigern. 3580

Heinrich, beeid. Auktionator.

Unterricht

im Maschinenschreiben?
Gefl. Angebote unt. K. 3.
an die Geschäftsstelle dieser

Die am 9. Juni 1922 im
halb. Gemeindehaus Schern,
gegen Herrn Wilhelm Kipper
ausgesprochene schwere

Beleidigung

widerrufe ich hiermit mit
größtem Bedauern. 8277

S. Ullmann,
S. St. Münster.

Alles schüttelt den Kopf

wenn eine Firma
plötzlich ganz auf-
hört zu inserieren,
das Vertrauen des
Publikums lacht nach
und das Geschäft
geht zurück

Rauzele

Nr. 141

Neuigk

Als eine d.
des Mammungs
li von den int
interaktierte
3. 7. verlassen,
am 4. 7. erfolg

Montag fehr
ritanischen Ver
zen Staaten zu
dieser Soldaten
ben nimmehr

In der Sit
der Gefechten
fassung der Mo
geteilte ober
und dritter Lei

Die Österrei
dem Appell des
Zell der ihnen
Bezugsberh

Schanzer
von, wo er zu
Außer dem Sem
über welche am
wird, besprochen

Aus Sofia
am 8 im Ber
weisung der
Prägel zwisch

Der spanisch
schönen Abbr
in Maroffa
Schubherrschaft

Do'arkur
Lehler Aurs: 3

Der Kampf
in

An Regierung
her Zehr.

Angenommen
über die Sicheru
Schleffen. De
chen Soden, die
auch der Neichu
aus öffentlichen
worden sind, ein

Die Regelung

Auf der Tona
entwurf über die
lage in Höhe von

Abg. Krähle
der Landwirtschaft
lichen Standat.

wird das Ergeb
Liebern solle, aber
Landwirts verlan
den Golde der
soll auch nicht vo
Landwirts betrach
punkt des allgemei

Die Gefährdun
Besserung, sonder
tion. Sobald der
Produktion. Der
vertreten. Der e

anahmen werden
anbauen wie frühe
ten die Landwirts
betätigung der Land

Stener. Sie solle
ente der Regierung
kreise zu unterstüt
schaft verprochen,
solle. Die Reichsa

31. Oktober voll ein
das neue Erntejahr
Die Stimmung der
tönne natürlich nicht